



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 06. November 2007
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stv. Spruch (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn:

17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten
(DL Nrn. 36/07)

(Drucksachenband 122)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0079 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0080 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung am 11.09.2007 wird genehmigt.

Einstimmig

0081 06-A-21-0003

Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden; HIER: Partnerschaft zwischen
Wiesbaden - Berlin-Friedrichshain Kreuzberg - Bericht Herr Grella

Herr Grella und Herr Bensberg berichten zu den Partnerschaften mit Berlin-Friedrichshain Kreuzberg.

Der Partnerschaftsverein der jüngste und an Mitgliedern kleinste Verein und wird - aus der Tradition heraus, vor allem zwischen Politikern gepflegt.

Eine Öffnung in Richtung Bevölkerung wird angestrebt, braucht aber Zeit. Es hat aber bereits viele Kontakte gegeben. Unter anderem hat ein Fußballturnier in Mainz-Kastel stattgefunden, an dem eine Vielzahl von Fußballvereinen aus Berlin teilgenommen hat. Die Unterbringung konnte nicht in Familien erfolgen, da es in Wiesbaden noch keinen großen Ansprechkreis des Partnerschaftsvereins gibt, weil aber auch die Besucher/innen-Zahl normale Kapazitäten gesprengt hätte.

Es soll aber in Zukunft eine größere Beteiligung (bei Vergrößerung der Mitglieder) von Mitgliedern der Vereine geben, da eine Partnerschaft vor allem wächst, wenn sie auf privater Ebene gelebt wird (z.B. Unterbringung in Familien).

Auf Nachfrage teilen beide Herren mit, dass die sozialen Probleme in Berlin-Kreuzberg ganz andere Ausmaße haben, als in Wiesbaden. So ist z.B. der Anteil der Migranten doppelt so hoch wie in Wiesbaden. Auch die Anzahl der Kitas ist doppelt so hoch, aber es gibt keine Freien Träger, die diesen Bereich mit abdecken. Die Finanzlage ist allgemein weitaus angespannter als in Wiesbaden.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 06. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vor allem die Zusammenarbeit / der Austausch von Schulen soll in der Zukunft verstärkt werden. Z. Zt. findet ein Fotowettbewerb statt, der von Wiesbaden aus von der Leibnizschule (Kunstleistungskurs) getragen wird.

- die Zusammenarbeit mit den Schulen verstärkt werden soll und z. Zt. ein Fotowettbewerb an zwei Schulen aus den befreundeten Städten stattfindet, bei dem auf der Seite von Wiesbaden ein Kunstleistungskurs der Leibnizschule beteiligt ist,
- im kommenden Jahr wieder die Fontane-Wanderung stattfinden wird, zu der Berlin-Friedrichshain Kreuzberg alle ihre Partnerschaftsvereine einlädt,
- im Jahr 2009 die Partnerschaft mit Berlin-Friedrichshain Kreuzberg 45 Jahre besteht und Wiesbaden sich um die Ausrichtung der Fontane-Wanderung anlässlich dieses Jubiläums bemühen wird.

2. Zur Sitzung des Ausschusses am 04.12.2007 werden der Verein Nueva Nicaragua e.V. und das Amt für Soziale Arbeit eingeladen.

Einstimmig

0082 07-V-10-0006

Ortsverwaltungen - Geänderte Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen;
Beschluss Nr. 0036 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vom 12.09.2006

Frau Zieren-Hesse (Hauptamt) stellt den Bericht vor.

Die bessere Resonanz auf die geänderten Öffnungszeiten führt sie auf die verstärkte Werbung zurück. Auch in Ortsverwaltungen, in den zu Beginn die Abenddienste nicht so nachgefragt wurden, hat sich die Annahme des Angebotes verbessert (z.B. in Schierstein).

Die Werbung wird auch weiterhin fortgeführt, wenn auch nicht so massiv.

Stv. Schickel stellt fest, dass es noch aufschlussreicher gewesen wäre, das Verhältnis der realen Zahlen gegenüber zu stellen: wie viele Bürger/innen kommen zu welchen Zeiten und wie viele Mitarbeiter/innen sind im Dienst / welcher Aufwand entsteht für die Verwaltung.

Frau Zieren-Hesse weist darauf hin, dass diese Nachfrage im Bericht weitgehend erklärt wird. Der Bericht könnte aber noch um eine Spalte ergänzt werden. Es wird in 4 Ortsverwaltungen Rentenberatung angeboten, 8 von 12 Ortsverwaltungen nehmen standesamtliche Aufgaben wahr. In kleineren Ortsverwaltungen werde nur 1 Mitarbeiter/in eingesetzt, da mehrere sicher nicht ausgelastet wären.

Stv. Spallek begrüßt die positive Entwicklung bei der Annahme der geänderten Öffnungszeiten. Personell könne Angebot und Nachfrage nicht immer ausgeglichen sein. Er plädiert dafür, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Stv. Schickel bittet darum, die weitere Entwicklung durch den Ausschuss weiter zu begleiten.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. November 2007**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Müller geht davon aus, dass sicher Bewegung in die Sache kommt, wenn das Zentrale Bürgerbüro eröffnet wird. Schon deshalb solle die Angelegenheit vom Ausschuss weiter begleitet werden.

Stv. Bohrer fragt nach, warum es denn so große Unterschiede bei den Besucherzahlen in den einzelnen Ortsverwaltungen gäbe.

Dazu kann nur vermutet werden, dass es z.B. in Delkenheim eine starke Orientierung nach Frankfurt gäbe und daher die abendlichen Öffnungszeiten stärker angenommen werden.

Der Ausschuss wird keinen konkreten Auftrag formulieren, erwartet aber 1 Jahr nach Öffnung des Zentralen Bürgerbüros einen Erfahrungsbericht.

Einstimmig

Die nachfolgenden 3 Punkte werden gemeinsam beraten.

0083 07-V-66-0107

Bedürfnisanstalten - Situationsbericht 2007

Stv. Schickel nimmt zu der Vorlage Stellung und geht davon aus, dass in der Vorlage die reale Situation geschildert wird. Der finanzielle Aufwand wird ebenfalls dargestellt. Er ist der Meinung, dass mehr öffentliche Toiletten in Wiesbaden nicht nur für die Bürger/innen, sondern auch für die Besucher/innen aufgestellt werden müssen. Er weist auf den Zustand auf der Maarau hin. Hier gäbe es Bademöglichkeiten aber keine Toiletten.

Nach Meinung von Stv. Bohrer ist die Antwort / die Sitzungsvorlage skandalös. Eine Ämter übergreifende Erhebung müsste doch auch ohne die Einrichtung einer Arbeitsgruppe erstellt werden können. Das Thema würde immer weiter verschoben. Man müsse vermuten, dass abgewartet wird, bis die bisherigen Verträge ausgelaufen sind.

Man sollte auch nicht außer Acht lassen, was das Reinigen der Büsche kostet, die an Stelle von Toiletten benutzt würden.

Eine Stadt wie Wiesbaden, die mit Wellness und Gesundheit wirbt, dürfe sich nicht so darstellen.

Stv. Spallek schlägt vor, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Stv. Schickel geht davon aus, dass in den anstehenden Haushaltsplanberatungen notwendige Mittel eingestellt werden könnten. Es sei eine Umfrage gestartet worden; danach würde es an 6 Standorten brennen (z.B. Westend, Galatea-Anlage, Umfeld Hauptbahnhof).

Stv. Bohrer geht noch einmal auf die Vorlage ein und merkt an, dass in der Vorlage von einer gesonderten Vorlage die Rede ist, die in Kürze erstellt werden solle. Wann wird es dazu kommen? Er berichtet außerdem, dass es umfangreiche Sammlungen von Fotos zu dem Thema gäbe und das Problem gerade im Sommer zunehme.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Konaka berichtet auch über Probleme im Umfeld des Hauptbahnhofes. Die dortigen Geschäfte müssten morgens zunächst vor der Eingangstür sauber machen. Sie habe schon das Gesundheitsamt eingeladen.

Die Toiletten im Hauptbahnhof würden um 22 Uhr geschlossen, was natürlich zu Problemen führen kann.

Stv. Müller erklärt, dass das nicht so sein dürfe. Man müsse mit dem Betreiber der Bahnhofstoiletten klären, ob man die Öffnungszeiten nicht erweitern könne. Er kann sich auch Angebote an Gaststätten usw. vorstellen, sich an den Reinigungskosten von Toiletten, die auch von der Öffentlichkeit benutzt werden können, zu beteiligen. Man sollte den Magistrat bitten, eine Sitzungsvorlage über werbefinanzierte Toiletten zu erstellen.

Stv. Klüssendorf geht davon aus, dass alle Argumente ausgetauscht sind und beantragt, die Angelegenheit als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Der Bericht des Tiefbauamtes wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0084 07-F-01-0068

Öffentliche Bedürfnisanstalten
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.06.2007 -

Der Antrag hat durch die vorgelegte Sitzungsvorlage seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0085 07-F-01-0105

Öffentliche Bedürfnisanstalten
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.10.2007 -

Der Antrag der FDP-Fraktion, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären wird wie folgt abgestimmt:

gegen SPD und LiLi angenommen

0086 07-F-06-0042

Härtefallkommission in Wiesbaden
- Antrag der Linken Liste vom 30.10.2007 -

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. November 2007**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Tischel berichtet, dass die Härtefallkommission bisher noch nicht getagt hat, da es noch keinen Anlass zu gegeben hat. Durch die neue Bleiberechtsregelung sind keine Härtefälle aufgetreten. Die Kommission ist sozusagen „stand by“.

Für Stv. Müller ist es positiv, dass die Kommission nicht tagen musste.

Der Antrag hat durch die heutige Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0087 07-V-11-5015

Modernisierung der Verwaltungssprache; Nutzung des "Internet-Dienstes für eine moderne Verwaltungssprache (Idema)"

Stv. Bohrer hält die Argumente, die in der Sitzungsvorlage angeführt werden, für nachvollziehbar. Er teilt allerdings mit, dass die Ortsbeiräte kritisieren, dass der neue Haushaltsplanentwurf durch die Einführung der Doppik schwer verständlich geworden ist. Für Bürger/innen dürfte der Haushalt noch weniger verständlich sein.

Stv. Klüssendorf bestätigt dies. Für sie als Betriebswirtin mit Schwerpunkt Rechnungswesen sind die Begrifflichkeiten klar, für einen Laien aber kaum nachvollziehbar.

Stv. Schickel weist noch einmal darauf hin, dass der Haushalt sicher gesondert betrachtet werden muss, der SPD-Antrag aber auf die Verständlichkeit von Bescheiden gerichtet war. So können zum Beispiel Abkürzungen Verwendung finden, müssen im Text aber einmal ausgeschrieben werden. Sicher müssten alle Vordrucke in der Verwaltung dahingehend „durchforstet“ werden.

Stv. Busse weist darauf hin, dass im Rahmen der Verwaltungsreform auch klar verständliche Formulare und Bescheide thematisiert wurden. Vielleicht kann man auf die Erfahrung anderer Städte zurückgreifen.

bei Enth. SPD und LiLi angenommen

0088 07-F-01-0048

Behördensprache im Umgang mit den Bürgern/innen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.04.2007 -

Der Antrag hat durch den vorstehenden Bericht seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0089 07-A-21-0003

Interkulturelle Woche 2007

Die Besucherzahlen sind in diesem Jahr zurückgegangen. Die genaue Übersicht dazu wird das Einwohner- und Integrationsamt der Geschäftsstelle zur Verfügung stellen.

Herr Tischel (Einwohner- und Integrationsamt) zieht eine positive Bilanz. Das Programm sei gelungen, das Motto wurde angenommen, es hätte gute Fachvorträge gegeben, man habe mit vielen Organisationen, Vereinen, der Kirche usw. zusammengearbeitet. Die Verleihung des Integrationspreises sei eine gelungene Auftaktveranstaltung gewesen, die IKW hätte dadurch eine wesentliche Aufwertung erfahren. Für das kommende Jahr werde man die vhs mit ins Boot nehmen

Vors. Spruch möchte Details (sowohl Rück- als auch Ausblick 2008) in der Arbeitsgruppe zur IKW vor der nächsten Sitzung des Ausschusses besprechen.

Stv. Bohrer sieht das Motto der IKW ebenfalls als positive an. Es habe viele Begegnungen mit Muslimen gegeben. Er fragt nach, ob die Werbung wirklich ausgereicht hat. Nach seiner Auffassung sollte jede einzelne Veranstaltung beworben werden. Außerdem hält er es für wünschenswert, wenn zu den einzelnen Veranstaltungen mehr Stadtverordnete anwesend sind. Dazu müsse auch in den Fraktionen Werbung gemacht werden.

Vors. Spruch weist darauf hin, dass die IKW eine gemeinsame Veranstaltung von Ausländerbeirat, Einwohner- und Integrationsamt und dem Ausschuss sei und eine Vertretung bei Veranstaltungen auch durch ein Mitglied des Ausländerbeirates möglich ist.

Stv. Konaka hat bemerkt, dass bei den Veranstaltungen, die durch die christlichen Vereine gestaltet wurden, keine Muslime anwesend waren, bei muslimischen Vereinen seien Christen zu Gast gewesen. Leider seien Veranstaltungen nur einseitig besucht gewesen, auch der Ausländerbeirat sei nicht immer vertreten gewesen. Bei dem Besuch in der jüdischen Gemeinde seien außerdem provozierende Fragen gestellt worden. Sie wünscht sich mehr Hinweise in der Tagespresse.

Auch Stv. Spallek schließt sich der Auffassung an, dass sich der Kurier und das Tagblatt relativ bedeckt gehalten haben und die einzelnen Veranstaltungen während der IKW nicht ausreichend beworben wurden. Außerdem hätten viele Veranstaltungen parallel stattgefunden, so dass nicht jeder alle Veranstaltungen besuchen konnten.

Stv. Müller weist darauf hin, dass man auf der Grundlage der Besucherzahlen das Verhalten ausrichten müsse. Der Film, der 2006 im Caligari gezeigt wurde, war sehr populär, in diesem Jahr war der Film nicht ganz so bekannt. Bei den Fachvorträgen hätten sowohl der Tag, als auch die Uhrzeit und die Zielgruppe nicht gestimmt. Man hätte z.B. Werbung in der Fachhochschule für diese Vorträge machen müssen.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Verleihung des Integrationspreises war nach seiner Auffassung eine gelungene Auftaktveranstaltung. Schön wäre auch gewesen, wenn die Integrationsvereinbarung in der IKW unterzeichnet worden wäre.

Man sollte zukünftig ruhig hochkarätig einladen (z.B. Minister Schäuble).

Z. Zt seien viele Veranstaltungen In-Sich-Geschäfte - jeder kennt jeden, der zu den Veranstaltungen geht. Vielleicht sind aber auch die Potentiale ausgeschöpft.

Stv. Bohrer findet nicht, dass zu viele Veranstaltungen parallel in der IKW angeboten wurden, sondern dass es insgesamt zu viele Veranstaltungen waren.

Er würde gern die Einbindung der Schulen verstärken und weist darauf hin, dass hier längerfristig geplant werden müsse. Schon lange vor den Sommerferien muss klar sein, welche Schule was übernimmt.

Auch er würde die Werbung gern verstärken.

Stv. Klüssendorf plädiert für eine plakative Werbung.

Stv. Schickel hält den Wiedererkennungswert für wichtig und würde das Erscheinungsbild der IKW nicht ändern.

Er weist darauf hin, dass z.B. beim Tag der Jugend die Integration im Mittelpunkt stand, ein Thema, das viele Schulen aufgegriffen haben.

Herr Tischel gibt den Termin des Internationalen Sommerfestes 2008 bekannt: 30.08.2008:

Abschließend würdigt Vors. Spruch die Arbeit des Integrationsamtes und schlägt vor, eine Stunde vor der nächsten Sitzung des Ausschusses am 04.12.2007 die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Interkulturellen Woche einzuladen, um in Ruhe Nachschau halten und schon erste Planungen für 2008 aufnehmen zu können.

Einstimmig

0090 07-V-30-0017

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden I.

Einstimmig

0091 07-V-30-0018

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden II.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0092 07-V-30-0019

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden III.

Einstimmig

0093 07-V-30-0020

Vorschlag für die Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für die Schiedsamsbezirke
Wiesbaden I - III.

Einstimmig

Stv. Bohrer fragt nach, ob es Tätigkeitsbericht, Statistiken über gelöste Fälle über die Tätigkeit der
Ortsgerichtsschöffen, Schiedspersonen usw. gibt.

Er hätte gern Anfang 2008 eine Information über das zurück liegende Jahr.

Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz berichtet über eine Mitgliederversammlung, die in der letzten Woche
stattgefunden hat. Dazu wird ein Bericht erstellt und die Schiedspersonen werden sich in der nächsten
Zeit bei ihr vorstellen.

Vors. Spruch bittet Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz, die ihr vorgelegten Zahlen an den Ausschuss weiter
zu geben und schlägt vor, evtl. auch die Sprecher der Schiedsleute in eine der nächsten Sitzungen
einzulagen.

0094 Verschiedenes

Vors. Spruch teilt mit, dass Herr Dogan in der nächsten Zeit länger in München tätig sein wird.
Nach der nächsten Sitzung des Ausschusses wird ein gemeinsames Essen stattfinden.

Einstimmig

Wiesbaden, .11.2007

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

weitere Schriftführerin

Spruch

Karipidou

Koba